

## L1neu Weil's sein muss. Klimaschutz in BW

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Leitantrag

### Antragstext

1 How dare you?  
2  
3  
4

5 Spätestens nach den breiten #FridaysforFuture Protesten oder den  
öffentlichkeitswirksamen Aktionen von Extinction Rebellion kommt die Debatte um  
mehr Klimaschutz in Fahrt. Und es ist höchste Zeit.

6 Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) berechnet das noch übrige  
7 globale CO<sub>2</sub>-Budget auf 340 Gigatonnen. In Deutschland haben wir so noch rund  
8 3,76 Gigatonnen an CO<sub>2</sub> das wir ausstoßen dürfen, um das Ziel 1,5°C Erderwärmung  
9 wahrscheinlich einzuhalten. Die globalen Landmassen sind dabei schon jetzt im  
10 Durchschnitt bei 1,5°C Erwärmung und mit den Ozeanen und Meeren sind wir im  
11 Durchschnitt bereits heute bei 1°C globaler Erwärmung. Während der zeitliche  
12 Rahmen zum Handeln schrumpft befindet sich der politische Wille weiterhin im  
13 Dornröschenschlaf. In 8 Jahren wäre beim momentanen "Weiter-So" und einem  
14 stagnierendem Ausstoß unser CO<sub>2</sub>-Budget bereits verbraucht.  
15  
16  
17

18 Um eine sinnvolle Klimapolitik für Baden-Württemberg zu machen, muss diese am  
19 für Deutschland noch verfügbaren CO<sub>2</sub>-Budget angelehnt werden, Baden-Württemberg  
20 muss sich also zur Begrenzung der Emissionen auf einen festgelegten Anteil des  
21 gesamtdeutschen CO<sub>2</sub>-Budgets bekennen.  
22

23 Genauer sollen die Ministerien für ihren Sektor jeweils einen bestimmten Anteil  
24 dieses CO<sub>2</sub>-Budgets festlegen, die in ihrer Summe dem Gesamtbudget entsprechen.  
25

26 Nachfolgend präsentieren wir einzelne Maßnahmen für die Sektoren Mobilität und  
27 Stadtplanung, Energie, Landwirtschaft und Ernährung, Wirtschaft und Industrie  
sowie Bauen und Wohnen, die wir für die Einhaltung dieses CO<sub>2</sub>-Budgets für  
notwendig halten. Bei all diesen Maßnahmen ist es uns wichtig, sie sozial  
gerecht umzusetzen und Verantwortung für die Folgen unserer historischen  
Emissionen auch im globalen Süden zu übernehmen.

28 Der Politik fehlt es an vielen Stellen jedoch noch am nötigen Mut. Oft wird die  
29 Verantwortung zu Handeln auf andere politische Ebenen geschoben und anstatt  
30 große Steine ins Rollen zu bringen wird lieber ein symbolischer Preis von 10 €  
31 je Tonne CO<sub>2</sub> auf Bundesebene beschlossen. Das muss sich ändern!

32 Zur Transformation unserer Gesellschaft hin zur Klimaneutralität braucht es  
33 radikale Maßnahmen. It's our fucking future!

34 **1. Geschlechtergerechtigkeit für den Klimaschutz**

35 Unter den Folgen des Klimawandels leiden Frauen und Genderminoritäten anders als  
36 Männer. Außerdem sitzen immer noch deutlich weniger Frauen\*, Inter- und  
37 Transpersonen am Verhandlungstisch um konsequenten Klimaschutz voranzutreiben,  
38 wodurch strukturell mehr als die Hälfte der Bevölkerung in klimapolitischen  
39 Entscheidungen nicht stark genug bedacht wird. Armut in Folge des Klimawandels  
40 wird weiter zunehmen und gegenwärtig sind bereits 80% der ärmsten Menschen  
41 weiblich. Dazu sollte man weitere Ebenen der Diskriminierung bedenken, die z.B.  
42 Women of color besonders betreffen und bedrohen. Aber Frauen\* sind auch ganz  
43 vorne bei der Klimabewegung: z.B. setzen sich indigene Frauen\* in vielen  
44 Weltregionen gegen die weitere Ausbeutung natürlicher Ressourcen ein. Mit dem  
45 Klimaschutz einhergehend ist für uns Feminismus eine wichtige Frage. Die Grüne  
46 Jugend BW setzt sich dementsprechend für die Gleichstellung der Geschlechter in  
47 allen Sektoren unserer Gesellschaft ein und für die tatsächliche Beteiligung von  
48 Frauen\* in allen klima-, energie- und industriepolitischen Entscheidungen. Dazu  
49 gehört u.a. auch die Anwendung von Gender Budgeting als Instrument für  
50 Gleichstellung und Gleichberechtigung.

51 **2. Mobilität und Stadtplanung**

52 Der Verkehrssektor ist in der klimaneutralen Transformation im Vergleich zur  
53 Stromerzeugung das schwarze Schaf in der Familie. Dabei spielt die Frage, wie  
54 wir uns zukünftig von A nach B bewegen, eine zentrale Rolle im Klimaschutz. In  
55 Baden-Württemberg befeuert der Verkehrssektor weiterhin die Klimakrise: mit fast  
56 30% der Treibhausgasemissionen hat der Verkehr, trotz technischen Fortschritten,  
57 eine noch größere Klimaauswirkung als 1990.

58 Nachhaltige Stadtplanung setzt hier schon an, indem sie kurze Wege bevorzugt.  
59 Die "Stadt der kurzen Wege" verhindert das Aufkommen von langen Staus und  
60 riesigen Pendler\*innenströmen, da es gemischte Quartiere aus u.a.  
61 Arbeitsplätzen, Wohnräumen und Einzelhandel gibt. Die Menschen müssen so nicht  
62 kilometerweit in die nächste Stadt oder das Stadtzentrum fahren um ihrer  
63 Erwerbsarbeit nachzugehen. Attraktive und schnelle Gehwege, sowie gut ausgebaute  
64 Radinfrastruktur und fahrradfreundliche Ampeltaktungen motivieren Menschen sich  
65 emissionsfrei fortzubewegen.

66 Herabgesetzte Fußwege, Abgesenkte Bordsteine mit Blindentaststreifen, sichere  
67 Straßenüberquerungen, Zebrasteifen und verkehrsberuhigte Stadtteilzentren  
68 ermöglichen barrierefreie und kinderfreundliche Fortbewegung zu Fuß.

69 Die Klimakrise führt heute schon an vielen Tagen des Jahres extrem hohe  
70 Temperaturen herbei. Gerade vulnerable Gruppen, wie alte Menschen und Kinder  
71 verdienen besonderen Schutz durch städtebauliche Maßnahmen. Grüne  
72 Naherholungsoasen, Frischluftschneisen und Schatten spendende Stadtbäume sind  
73 dafür sehr wichtig.

74  
75 Durch intensive Stadtbegrünung gerade in Stadtzentren sollen Hitzezonen, in  
76 denen sich die heiße Luft anstaut, verhindert werden. Künstliche Wasserbäche,  
77 die quer durch die Stadtzentren verlaufen könnten ebenfalls angestaute Hitze aus

78 dem Stadtkern transportieren. Damit sich die Städte erst gar nicht so stark  
79 erhitzen, können Hausfassaden weiß gestrichen und zukünftig hellere  
80 Pflastersteine als Straßenbelag verwendet werden. Um mittel- und langfristig  
81 mehr Grün in die urbanen Zentren zu bringen und damit das Stadtklima zu  
82 verbessern, unterstützen wir die Idee der Superblocks. Ganze autofreie  
83 Straßenabschnitte könnten so für Mensch und Natur und nicht für die Autos da  
84 sein. Die Flächen, die durch die wegfallenden Parkplätze frei werden könnten mit  
85 Fahrradstellplätzen, Bäumen, Stadtgärten und Bänken versehen werden. Straßen  
86 wären dann Zentren der Begegnung, grüne Naherholungsorte und nicht Plätze des  
Parkens und Hupens.

87 Gerade in Städten, aber auch auf dem Land braucht es einen massiven Ausbau der  
88 Radinfrastruktur. Innerstädtisch braucht es so z.B. mehr Radstellplätze, mehr  
89 Platz für Radsharing, lückenlose, sowie breitere Radwege. Um diese zu bauen,  
90 müssen zunächst Flächen des Autoverkehrs herangezogen werden, bevor Grünflächen  
91 neu versiegelt werden. Das Bundesland Baden-Württemberg muss den Ausbau solcher  
92 Infrastruktur finanziell fördern, um auch finanziell schlechter stehende  
93 Kommunen diese Investitionen zu ermöglichen. Konzepte wie Parkhäuser nur für  
94 Fahrräder und das Sharing von (E-)Lastenräder begrüßen wir. Zwischen und  
95 innerhalb von Kommunen muss der Bau von Radschnellwegen forciert werden.  
96 Außerdem braucht es die Möglichkeit an einer Kreuzung bei rot mit dem Rad rechts  
97 abzubiegen sowie die Einführung der "Stop-as-yield"-Regelung für Radfahrende,  
98 welche es ihnen erlaubt Stoppschilder wie "Vorfahrt gewähren!"-Schilder zu  
99 behandeln.

100 Auch für den Einzelhandel braucht es City-Logistik-Konzepte wie E-Lastenräder,  
101 die emissionsfrei Waren von A nach B transportieren. Damit der Güterverkehr  
102 wieder vermehrt von der Straße auf die Schiene kommt wollen wir die LKW Maut auf  
103 Landes- und Kommunalstraßen ausweiten und erhöhen sowie eigene Trassen für den  
104 Güterverkehr schaffen.

105 Im Personenverkehr braucht es eine multi-modulare vernetzte Mobilität.  
106 Ökologisch, sozial, barrierefrei und Baden-Württemberg weit. Innerstädtisch muss  
107 der ÖPNV ausgebaut, die Taktung verbessert und die Schnittstellen zu anderen  
108 Verkehrsträgern erweitert werden. Zusätzlich soll ein Integraler Taktfahrplan  
109 landesweit für Busse und Bahnen regelmäßige, attraktive Anschlüsse schaffen.  
110 Daher sollen auch die Kosten für Regiobuslinien zu 75% statt wie bisher zu 50%  
111 (Normalfall) vom Land erstattet werden. Den Kommunen soll durch die Einführung  
112 einer Nahverkehrsabgabe ermöglicht werden die Finanzierung ihres Nahverkehr auf  
113 ein stabiles Fundament zu stellen.

114 Bahnhöfe müssen wieder als Mobilitätszentren fungieren und verschiedene  
115 Verkehrsträger zusammen bringen. Hierfür braucht es u.a. einen Ausbau von  
116 Radsharing Angeboten an Bahnhöfen. Die Elektrifizierung der Bahnstrecken mit  
117 Ökostrom in Baden-Württemberg muss zügig angegangen und dann rasch durchgeführt  
118 und viele Bahnstrecken mit Kapazitätsengpässen, vor allem einspurige Strecken  
119 dringend ausgebaut werden. Außerdem müssen stillliegende Gleise, wo nötig,  
120 schnellstmöglich reaktiviert werden um ein gut ausgebautes Bahnnetz in Baden-  
121 Württemberg zu gewährleisten. Beim Neubau von Strecken, Bahnhöfen und ÖPNV-  
122 Struktur müssen zukünftige Entwicklungen und größere Kapazitäten eingeplant  
123 werden. Der Umstieg von der Straße auf die Schiene kann nur dann gelingen, wenn  
124 auch die nötigen Kapazitäten vorhanden sind und die Züge zu den Stoßzeiten nicht  
125 völlig überquellen. Deshalb fordern wir eine Verdoppelung der Mittel des Landes  
126 Baden-Württemberg für den ÖPNV, um vor allem den ÖPNV im ländlichen Raum zu

127 stärken.

128 Stillgelegte Bahnstrecken und Bahnhöfe sollen wieder angeschlossen und  
129 reaktiviert werden und jede Kommune in Baden-Württemberg soll von 5 - 24 Uhr mit  
130 öffentlichen Verkehrsmitteln mindestens im 1-stündigen Takt erreichbar sein.

131 Es braucht außerdem vom Bund eine stärkere Bahnoffensive mit massiven Mehr-  
132 Investitionen. Einerseits muss der Strom, den die Bahn bezieht komplett aus  
133 erneuerbaren Energien stammen und andererseits muss die Bahninfrastruktur immens  
134 ausgebaut werden um zukünftig die Kapazitäten zu haben viel mehr Menschen zu  
135 transportieren. Die Bahn soll nicht zuallererst gewinnorientiert sondern Teil  
136 einer Daseinsvorsorge für alle sein.

137 Für eine bessere Mobilitätsgarantie braucht es deutlich mehr Nachtzüge und eine  
138 komplette Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets. Für Baden-Württemberg  
139 fordern wir die Einführung eines 365 € Tickets, mit dem jeder Mensch für 1 € am  
140 Tag den Nahverkehr im ganzen Bundesland nutzen kann.

141 Der Flugverkehr muss drastisch reduziert und mittelfristig klimaneutral  
142 gestaltet werden. Um die Nachfrage zu senken, muss es eine attraktive und  
143 kostengünstige alternative Route zum Ausflugsort mit der Bahn geben. Außerdem  
144 braucht es endlich eine wirksame und idealerweise europaweite Besteuerung von  
145 Kerosin, welche die Kosten der durch den Flug entstandenen Umweltschäden  
146 widerspiegelt und eine Mehrwertsteuer auf Flugtickets. Zudem dürfen keine neuen  
147 Investitionen in den Bau von Flughäfen, besonders eigentlich unwirtschaftliche  
148 Regionalflughäfen wie Mannheim oder Friedrichshafen oder in den Ausbau von  
149 Fluginfrastruktur erfolgen. Des weiteren fordern wir, dass das Land Baden-  
150 Württemberg und die Kommunen, Regionalflughäfen wie z.B. Karlsruhe/Baden-Baden  
151 und Friedrichshafen nicht weiter mit Subventionen am Leben erhalten. Besonders  
152 innerdeutsche Flüge müssen abgeschafft und durch praktikable Alternativen wie  
153 einer starken und preiswerten Schiene ausgeglichen werden.

154 Ab 2025 sollen auf Bundesebene nur noch Neuzulassungen von emissionsfreien Autos  
155 ausgestellt werden, wie es in Norwegen bereits jetzt der Fall ist. Damit diese  
156 Verkehrswende gelingt muss das Autoland Baden-Württemberg zum Mobilitätsland  
157 werden. Wir brauchen autofreie Innenstädte. Im ländlichen Raum müssen innovative  
158 Sharingmodelle als Ergänzung zum ÖPNV entwickelt werden. Autos müssen hierfür  
159 immer kleiner und leichter werden. Dem gegenwärtigen Trend von immer-wachsenden  
160 SUV Verkäufen und Neuzulassungen in Baden-Württemberg muss ernsthaft  
161 gegengesteuert werden. Wenn SUV-Fahrer\*innen ein Land wären, würden sie weltweit  
162 den siebten Platz für CO<sub>2</sub> Emissionen belegen<sup>11</sup>. Wir wollen, dass das  
163 Verkehrsministerium in Baden-Württemberg, zusammen mit dem Bund, konkrete  
164 Anreizsysteme schafft und diese zeitnah einsetzt. Das belgische Modell ist nur  
165 eins von vielen, die hier ausprobiert werden könnten, bestehend aus einer  
166 Steuervergünstigung für Fahrradfahrer\*innen basierend auf der Zahl von  
167 gefahrenen Kilometern und einer flexibleren Regelung von Fahrradmitnahme im ÖPNV  
168 und in Zügen. Außerdem müssen Dienstwagen stärker versteuert werden.

169 Es braucht flächendeckende Tempo 30 Zonen und ein Tempolimit 100, dafür braucht  
170 es eine Novelle der Straßenverkehrsordnung. Klimaschädliche steuerliche  
171 Begünstigung für fossile Verbrenner und Dienstwagen müssen gestrichen werden.  
172 Den Kommunen muss endlich ermöglicht werden Anwohner\*innenparken teurer zu  
173 machen als 30€ pro Jahr, damit der wertvolle und knappe öffentliche Raum nicht

174 nur für das Abstellen von Fahrzeugen verschwendet wird. Der Vorschlag von 30€  
175 pro Monat als erste Instanz begrüßen wir. Mittelfristig wollen wir dann  
176 Autostellplätze innerstädtisch nur noch für emissionsfreie Sharingkonzepte zur  
177 Verfügung stellen und den öffentlichen Raum begrünen und den Menschen  
178 zurückgeben.

### 179 3. Erneuerbare Energie

180 In diesem Jahr stammen bereits 43 Prozent des Stroms im bundesweiten  
181 Durchschnitt aus erneuerbaren Energien. Baden-Württemberg hinkt hierbei  
182 hinterher. Als Bundesland mit viel Industrie decken wir unseren Stromverbrauch  
183 nicht aus eigener Kraft und importieren mehr Strom als wir produzieren. Mit dem  
184 Atomausstieg und dem erhöhten Strombedarf durch Wärmepumpen, Power-2-Gas oder  
185 der Elektrifizierung des Mobilitätssektors wird dies noch zunehmen. Umso  
186 wichtiger ist für uns, dass die Energie zukünftig dezentral in Baden-Württemberg  
187 gewonnen und damit Wertschöpfung vor Ort in den Kommunen erzeugt wird.

188 Dies wollen wir erreichen in dem landesweit eine Photovoltaik(PV)-Pflicht für  
189 Neubauten und sanierte Dächer vorgeschrieben wird. Die Solarenergie wird in  
190 Baden-Württemberg zukünftig als eine große Säule der Energieproduktion  
191 fungieren. Um dieses Potential zu nutzen wollen wir mehr landeseigene Flächen  
192 sowie Randstreifen von Autobahnen und Lärmschutzwände für Erneuerbare Energien  
193 zur Verfügung stellen. Auch in Wäldern, die sich im Besitz des Landes oder der  
194 Kommunen befinden sollen Standorte für Windräder geprüft und zügig erschlossen  
195 werden. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt, Anwohner\*innen auch stärker  
196 finanziell durch direkte Beteiligungen einbezogen und der dezentrale Ausbau  
197 voran gebracht werden. Dies muss selbstverständlich jederzeit unter der  
198 Berücksichtigung von den jeweiligen Artenschutzbedingungen in gesetzlich  
199 besonders geschütztem Raum (bspw. FFH, Naturschutzgebieten etc.) stattfinden.  
200 Der schnelle Ausbau von Photovoltaik soll durch Subventionen erleichtert und  
201 gefördert werden.

202 Der auf Bundesebene vereinbarte Kompromiss der Kohlekommission aus der Kohle bis  
203 2038 auszusteigen reicht für uns nicht. Damit wir das 1,5°C Ziel globaler  
204 Erderwärmung noch einhalten fordern wir einen deutschlandweiten Kohleausstieg  
205 bis 2025 und einen europaweiten Ausstieg bis 2030.

206 Hierfür braucht es im Bund endlich ein Kohleausstiegs- und ein  
207 Klimaschutzgesetz. Außerdem muss die Deckelung der Erneuerbaren aufgehoben und  
208 das Ausschreibungsmodell reformiert werden, damit auch mehr Windkraftstandorte  
209 im Südwesten in Frage kommen. Freiflächen PV im Außenbereich, wie  
210 Agrophotovoltaik sollten als Maßnahme im ländlichen Raum bei sinnvollen Flächen  
211 anhand ökologischer Standards zugelassen werden. Darüber hinaus soll geprüft  
212 werden, ob die Mehrwertsteuer auf Windkraftanlagen, ökologische Wärmedämmung und  
213 PV-Module gesenkt werden kann.

214 Auch die Forschung von neuen Speichertechnologien und die Förderung von  
215 Energieeffizienzmaßnahmen wollen wir finanziell fördern. Neue Investitionen in  
216 fossile Infrastruktur und die Renovierung bestehender fossiler Kraftwerke lehnen  
217 wir hingegen strikt ab.

218 Gemäß dem Motto "Die alte Energiewelt finanziert die Neue" wollen wir eine

219 zügige Transformation in allen Sparten des Energiesektors einleiten. Ein  
220 Schattenpreis von 180 € soll die wahren Kosten für eine Tonne CO<sub>2</sub> erkennbar  
221 machen und für Kalkulationen und als Grundlage für zukünftige Entscheidungen  
222 gelten.

223  
224 Die nötige Lenkungswirkung soll eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung von rund 60 € / Tonne  
225 beginnend vom Jahre 2020 haben, die jährlich um 20 € je Tonne CO<sub>2</sub> steigt. Die  
226 Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung fossiler Kraft- und Brennstoffe sollen direkt über  
227 ein Energiegeld den Bürger\*innen zu Gute kommen. Um dennoch genug Investitionen  
228 in die nötigen Zukunftstechnologien tätigen zu können, wollen wir die  
229 Schuldenbremse im Bund und auch im Land für Neuverschuldung durch  
230 Zukunftsinvestitionen, die der Bekämpfung der Klimakrise, der Anpassung deren  
231 Folgen oder für Projekte nachfolgender Generationen (wie der Sanierung von  
Schulen) gelten, abschaffen.

232 Der Einbau neuer Ölheizungen soll ab 2020 verboten werden, der von neuen  
233 Gasheizungenzeitnah danach. In der Debatte um die Energiewende wird der  
234 Wärmesektor oft übersehen und steht im Schatten der relativ erfolgreichen  
235 Stromwende. Auch hier wollen wir nachsteuern. Hierfür muss die kommunale  
236 Wärmeplanung weiter gefördert und die vielen regionalen Klimaschutz- und  
237 Energieagenturen gestärkt werden. Energiegenossenschaften,  
238 Bürger\*innensolaranlagen und -Windparks sollen gefördert und die Anwohner\*innen,  
239 wie in Schleswig-Holstein, von vornherein bei der Umsetzung und Finanzierung von  
240 Anlagen einbezogen werden.

241

242

243

244 Die klimaschädlichen Auswirkungen der immer schneller vorangehenden  
Digitalisierung dürfen nicht unterschätzt werden. Immense Mengen an Energie  
werden durch beispielsweise Rechenzentren verbraucht.

#### 245 **4. Landwirtschaft und Ernährung**

246 Auch die Landwirtschaft spielt eine relevante Rolle beim Klimaschutz. Um bis  
247 2030 ausreichend Emissionen einzusparen, damit die Erderwärmung auf 1,5°C  
248 begrenzt wird, muss die Agrarpolitik u.a. drei bedeutende Schwerpunkte  
249 zusammenbringen: den Klimaschutz, die Klimaanpassung und die soziale Realität in  
250 den landwirtschaftlichen Betrieben.

251 Auch bei der Auswahl der Landnutzungssysteme sehen wir noch viel  
252 Handlungsbedarf. Es muss Anreize geben, in Landbausysteme wie Agroforstsysteme  
253 umzusteigen. Unter Agroforst wird der kombinierte Anbau von Gehölzen und  
254 landwirtschaftlichen Nutzpflanzen oder Tierhaltung auf einer Fläche verstanden.

255 Auch im Umbau der Fruchtfolgen sehen wir große Potenziale. Der Humusaufbau in  
256 landwirtschaftlichen Böden und von Flächen mit bereits hohem Humusgehalt muss  
257 gefördert werden. Dies gelingt mit der Vorgabe einer standort- und  
258 betriebsgerechten Mindestfruchtfolge, die auch humusmehrende Feldfrüchte  
259 verwendet. Auch braucht es hier Anreize, wie eine finanzielle Unterstützung bei  
260 der Umsetzung. Auch muss der Humusaufbau unter Grünland durch die weidebasierte  
261 Tierhaltung und die Erhaltung lebendiger Pflanzen-Wurzel-Netzwerke als  
262 Kohlenstoffspeicher und zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit gefördert werden.  
263 Die Freisetzung von klimaschädlichen Gasen durch Überdüngung muss gestoppt

264 werden, denn so wird das Grundwasser geschützt. Hierfür müssen weitreichende  
265 Maßnahmen für eine Reduzierung des Stickstoffüberschusses im Boden ergriffen  
266 werden.

267 Unsere Moore dienen als natürliche Klimaschützer. Ihre Renaturierung und  
268 Wiedervernässung als einer der größten Kohlenstoffspeicher der Erde ist  
269 essentiell. Außerdem muss die landwirtschaftliche Nutzung von Mooren bis 2030  
270 mit entsprechenden Entschädigungszahlungen an die Landwirt\*innen beendet werden.  
271 Ausgenommen ist die CO<sub>2</sub>-neutrale Nutzung, z.B. durch Paludikulturen. Um dies zu  
272 erreichen braucht es ein Moorschutzprogramm und eine Berücksichtigung der Moore  
273 in der Naturschutzstrategie des Landes. Außerdem muss auch das Land Flächen mit  
274 Mooren erwerben, um Moorrenaturierungen zu ermöglichen.

275 Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft müssen auch in der Ausbildung  
276 berücksichtigt werden. Wir müssen Maßnahmen des Klimaschutzes und der  
277 Klimaanpassung in die land- bzw. forstwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung  
278 aufnehmen, z.B. durch vertiefende Lehre in der Bodenbiologie. Auch der  
279 Ökolandbau muss in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen und in die  
280 landwirtschaftliche Ausbildung aufgenommen werden und Forschung an  
281 klimapositiver Land- und Forstwirtschaft gefördert werden.

282 Auch in den Lehrplänen der Schulen müssen Landwirtschaft und Forstwirtschaft  
283 Themen werden. Wir müssen landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Bildung  
284 in die Lehrpläne der Sekundarstufe I bis 2025 im Rahmen einer umfassenden Klima-  
285 und Umweltbildung mit aufnehmen.

286 Deswegen müssen in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft Konzepte angewendet  
287 werden, die sowohl CO<sub>2</sub> einsparen und binden als auch mit steigenden Temperaturen  
288 zurechtkommen. Die Einsparung von CO<sub>2</sub> in dem Sektor kann zum einen durch eine  
289 deutliche Reduzierung der Viehhaltung gelingen, wodurch auch Methanausstoß und  
290 Stickstoffeintrag eingespart wird.

291 Zum anderen gelingt die CO<sub>2</sub>-Reduktion durch die Verkürzung der Transportwege in  
292 der Landwirtschaft. Transport muss durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung so teuer werden,  
293 dass seine Auswirkungen auf das Klima entsprechend abgebildet werden. Dadurch  
294 werden regionale Kreisläufe wesentlich attraktiver. Es kann nicht sein, dass es  
295 billiger ist, in Neuseeland Äpfel anzubauen und diese in deutschen Discountern  
296 zu vermarkten, als regional produzierte Äpfel.

297 Wir, die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg, finden, dass Verbraucher\*innen endlich  
298 dafür sensibilisiert werden müssen, dass ihr Einkaufs- und Konsumverhalten  
299 erheblichen Einfluss darauf hat, wie unsere Lebensmittel in der Marktwirtschaft  
300 produziert werden. Ebenso dürfen Verbraucher\*innen nicht alleine gelassen  
301 werden. Verpackungen müssen gekennzeichnet sein und zum Nachdenken anregen. Es  
302 muss transparent sein, wie viel CO<sub>2</sub> und andere Emissionen durch den Verkauf von  
303 verschiedenen Produkten ausgestoßen wurde.

304 Mit Förderung und Verankerung von Ernährungsbildung in Kitas, Kindergärten und  
305 Schulen wollen wir nicht nur Kinder und Jugendliche sondern auch die  
306 Erziehungsberechtigten darüber informieren, welche Vorteile eine ökologisch  
307 verträgliche Ernährung hat.

308 Mit Anreizen wie Fortbildungsprogrammen für das Personal von  
309 Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen für schmackhafte kreative Gerichte in  
310 Schulen, Hochschulen und Kliniken muss die Attraktivität veganer Ernährung  
311 gesteigert werden. Hier spielen die Kommunen als lokale Akteur\*innen auch eine  
312 wichtige Rolle in der Förderung von pflanzlicher, fairer, sowie saisonaler und  
313 regionaler Kost. Denn wir müssen dringend unseren Fleisch- und Tierprodukte-  
314 Konsum reduzieren!

315 Um die Agrarwende zu schaffen müssen Konsument\*innen ihr Einkaufsverhalten  
316 ändern. Dafür müssen die Preise von tierischen Produkten endlich deren reale  
317 Kosten abbilden. Fleischproduktion verursacht enorme CO<sub>2</sub> Emissionen, dies sollte  
318 sich im Preis, durch eine CO<sub>2</sub> Bepreisung, klar widerspiegeln. Demgegenüber  
319 sollten, in der Produktion weniger CO<sub>2</sub> intensive Lebensmittel preislich  
320 attraktiver sein. Das erreichen wir durch eine adäquate Bepreisung von CO<sub>2</sub>.

321 Es muss darauf geachtet werden, dass gutes Essen kein Luxus für die Wohlhabenden  
322 ist, sondern für alle erschwinglich. Das heißt, dass wir uns auch dafür  
323 einsetzen, Bio Essen günstiger zu machen. Es ist gesünder und besser fürs Klima!  
324 Deshalb sollte es auch für alle bezahlbar sein. Einen Hebel hierfür sehen wir in  
325 einer Novelle der Vergabe der EU-Agrarsubventionen. Weg von konventionellen hin  
326 zu sozial-ökologischen Agrarsubventionen.

## 327 **5. Wirtschaft, Handelsabkommen und Industrietransformation**

328 Natürlich spielt das individuelle Verhalten – wie z.B der Unterschied zwischen  
329 einem Konsumverhalten, das auf qualitativ schlechten und dadurch nicht-haltbaren  
330 Produkten basiert und einem Verhalten, das auf Recycling und Upcycling basiert –  
331 auch eine Rolle im Erreichen unserer Klimaziele. Allerdings können wir hier  
332 wenig ändern, wenn die politischen Rahmenbedingungen für ein breites  
333 gesellschaftliches Umdenken fehlen.

334 Bei öffentlichen Ausschreibungen dürfen nur Angebote angenommen und Projekte  
335 unterstützt werden, die gemeinwohlorientiert sind. Landeseigene Institutionen  
336 dürfen keine Finanzierung von nicht-gemeinwohlorientierten oder fossilen  
337 Projekten betreiben!

338 Baden-Württemberg hat eine Verantwortung gegenüber dem Rest der Welt. Als  
339 reiches Land können wir unsere Klimaziele nicht erreichen, indem wir  
340 klimaschädliche Energie oder Rohstoffe aus anderen Regionen importieren.  
341 Unternehmen, die in Baden-Württemberg tätig oder ihren Hauptsitz haben, können  
342 nicht klima- und menschenfeindliche Profit-fokussierte Geschäfte im Ausland  
343 machen und den dortigen CO<sub>2</sub> Ausstoß dann in dem Budget des anderen Landes  
344 einfließen lassen. Deshalb fordern wir den Stopp des Handelsabkommens CETA. Bei  
345 allen Handelsabkommen, die den Bundesrat passieren müssen, soll Baden-  
346 Württemberg darauf bestehen, dass Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz  
347 notwendige Bedingungen sind und dass klare Sanktionsmechanismen im Abkommen  
348 angegeben werden, falls diese Bedingungen nicht respektiert werden.

349 Baden-Württemberg steht jetzt vor der Herausforderung und hat zugleich die große  
350 Chance, seine Industrie klimaneutral umzugestalten. So hat zum Beispiel Bosch  
351 angekündigt, dass sie ab 2020 klimaneutral sein wollen. Das ist ein Schritt in  
352 die richtige Richtung, aber zum größten Teil wird dieses Ziel durch den Kauf von



353 Emissionszertifikaten erreicht. Diese haben, besonders bei dem aktuell geringen  
354 Verkaufspreis, wenig bis keine Lenkungswirkung und auch keine direkte  
355 Auswirkungen auf den Treibhausgasausstoß der Bosch Produktion. Obwohl das Wort  
356 „Innovationspolitik“ gut klingt, muss mehr dahinter stehen als beim Beispiel  
357 Bosch.

358 Die Dekarbonisierung der Industrie muss sofort anfangen, d.h. wir können es uns  
359 nicht mehr leisten, in fossile Infrastruktur oder Technologien, die das  
360 klimaneutrale Zeitalter hinauszögern wollen, zu investieren. Darunter verstehen  
361 wir Technologien wie ReFuels, sowie CO<sub>2</sub>-Abscheidungstechnologien, die an mit  
362 fossilen Brennstoffen betriebenen Anlagen CCS (Carbon Capture and Storage) CCU  
363 (Carbon Capture and Utilization) durchführen. Öffentliche Forschungsgelder, die  
364 hier einfließen, müssen sofort umgeleitet auf richtig nachhaltige  
365 Technologieentwicklung werden. Durch Subventionen oder Steuervorteile können wir  
366 Unternehmen anspornen, in eine klimaneutrale Produktion zu investieren.

367 Müllverbrennung in BW muss drastisch reduziert werden! Wir müssen jetzt damit  
368 anfangen, alles, was weggeschmissen wird, zu recyceln. Alle Produkte, die nicht  
369 recycelt werden, müssen in der Produktion auf das Minimale reduziert werden. Die  
370 thermische Verwertung darf nur als allerletzte Option zur Verwertung von nicht  
371 mehr anders verwertbaren Produkten verwendet werden.

372  
373 Zusätzlich fordern wir den kompletten Stopp des Exports von Müll über die EU-  
Außengrenzen hinweg.

374 Um innovativ zu bleiben, müssen wir viel mehr in Bildungsmaßnahmen und -Projekte  
375 investieren, die es jungen Menschen in Schulen (aber auch älteren Menschen  
376 außerhalb des formellen Bildungssystems) ermöglichen, ihre Kenntnisse in  
377 relevanten Bereichen weiterzuentwickeln. Ebenso sollen alle Schüler\*innen die  
378 Mülltrennung eigenständig ausüben. Dies hat das Ziel, bereits im jungen Alter  
379 das korrekte Trennen des Mülls zu lernen und so ein effektiveres Recycling zu  
380 ermöglichen. Themen wie z.B. konkrete Klimaschutzmaßnahmen im Betrieb und  
381 nachhaltige Produktion müssen stärker in Schulprogrammen, Ausbildungen und  
382 Fortbildungen angeboten werden.

383 Unser Wirtschaftssystem, wie es heute besteht, zerstört unsere Umwelt, das Klima  
384 und damit auch die Lebensgrundlagen von Menschen in anderen Erdteilen und  
385 zukünftigen Generationen. Um die Ausbeutung unseres Planeten und die  
386 unumkehrbare Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu stoppen, müssen wir auch  
387 unser Wirtschaften radikal überdenken. Politiken, die alleine auf eine Erhöhung  
388 der Energieeffizienz abzielen, werden uns nicht aus der Klimakrise retten. Durch  
389 solche Maßnahmen eingesparte Emissionen werden durch Rückkopplungseffekte an  
390 anderer Stelle konsumiert. Deswegen muss sich Baden-Württemberg auf Bundes- und  
391 EU-Ebene für wirksame und restriktive "carbon caps" einsetzen, die für alle  
392 Sektoren der Wirtschaft gelten und carbon leakage in ausgenommene Sektoren  
393 verhindern.

394 Deshalb muss unser wirtschaftliches Handeln schon heute darauf ausgelegt sein,  
395 die zukünftigen Folgen des heutigen Handelns zu bedenken. Wir müssen weg vom  
396 Raubbau an der Natur und verwendete Rohstoffe effizienter einsetzen und wieder  
397 hin zum Denken Produkte für einen langen Gebrauch zu gestalten. Rohstoffe, aller  
398 voran seltene Erden, müssen nachdem ein Produkt nicht mehr nutzbar und  
399 reparierbar ist recycled werden und dürfen nicht auf Mülldeponien in anderen

400 Ländern landen.

## 401 6. Bauen und Wohnen

402 Die Energiewende im Gebäudebereich ist immer noch in den Kinderschuhen. Doch  
403 genau hier brauchen wir dringend klimagerechte Lösungen auf dem Weg in eine CO<sub>2</sub>  
404 neutrale Zukunft. Dafür brauchen wir ein grundlegendes Umdenken darin, wie wir  
405 unsere Gebäude zukünftig bauen.

406 Um den Klimaschutz im Gebäudesektor schnell und nachhaltig auszubauen, müssen  
407 wir konsequent und ganzheitlich vom Anfang bis zum Ende denken. Zwar haben wir  
408 schon unzählige Zertifizierungen und gesetzliche Vorschriften zum  
409 Energieverbrauch von Gebäuden. Doch wie viel Energie bereits mit dem Bau eines  
410 Gebäudes und der Herstellung der verarbeiteten Baustoffe freigesetzt wurde, wird  
411 viel zu oft vernachlässigt. Deshalb: Graue Energien endlich mit in die  
412 Gesamtrechnung! Der Primärenergieverbrauch muss mehr Gewichtung in den Vorgaben  
413 von Energieeinsparverordnungen bekommen.

414 Um das zu erreichen, müssen wir weg von der energiefressenden Stahlbetonbauweise  
415 und hin zu natürlichen, möglichst unverarbeiteten Naturbaustoffen. Diese bringen  
416 für die Klimabilanz einen entscheidenden Vorteil: Pflanzliche Baustoffe sind ein  
417 natürlicher Speicher von CO<sub>2</sub> und tragen so dazu bei, dass Gebäude sogar in ihrer  
418 Erbauung CO<sub>2</sub> negativ sein können.

419 Auch ein regionaler Bezug der Materialien ist wichtig, um Transportwege und  
420 damit verbundene Emissionen einzusparen. Wir wollen in Baden-Württemberg eine  
421 nachhaltige Bauwirtschaft, die nicht nur das Klima schützt, sondern  
422 gleichermaßen zu einer ökologischen und nachhaltigen Kreislaufwirtschaft  
423 beiträgt. Damit das gelingt, müssen wir in Baden-Württemberg unsere Vorgaben an  
424 klimaneutrales Bauen in diesen Bereichen überarbeiten, um so eine gesetzlich  
425 eindeutige Grundlage zu schaffen. Weiter müssen wir Forschungsprojekte im  
426 Bereich des ökologischen Bauens fördern und ausbauen, damit neue Technologien  
427 schnell in die Realität umsetzbar werden, denn wir dürfen nicht länger Zeit  
428 verlieren. Wir fordern, dass auch private Bauprojekte, die diese Ziele  
429 verfolgen, die notwendige Unterstützung bekommen.

430 Zum klimagerechten Bauen gehört, dass wir bereits heute nicht mehr abwendbare  
431 Folgen des Klimawandels in die Planungsprozesse mit einbeziehen. Besonders in  
432 den Städten werden die Sommer in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer  
433 heißer und unerträglicher für die Menschen werden. Hier müssen wir jetzt schon  
434 Maßnahmen einplanen. Vor allem das Klimatisieren in Gebäuden wird unter dieser  
435 Ausgangslage ein Aspekt sein, den wir jetzt schon mitbedenken müssen. Zumal  
436 Klimatechnik sehr viel Energie benötigt und hier bei falscher Planung CO<sub>2</sub>  
437 Emissionen entstehen können, mit denen wir heute noch gar nicht rechnen. Auch  
438 hier spielt die Auswahl der verwendeten Baustoffe eine enorme Rolle. Deshalb  
439 muss die Gebäudedämmung gegen Hitze in der Energieeinsparverordnung von Gebäuden  
440 genauso miteinbezogen werden wie Kälteschutzdämmung.

441 Stadtplanung setzt auch dort an, wo städtische Gebäude und Bauten geplant und  
442 konzipiert werden. Die Beschaffung, die Art und der Ursprung der Baumaterialien  
443 spielen hier genauso eine Rolle, wie die Höhe, die Lage und der energetische  
444 Standard des Neubaus. Für eine klimaneutrale Stadt braucht es

445 Plusenergiestandard (Passivhausstandard) für alle Neubauten und energetische  
446 Sanierung des städtischen Bestand auf höchsten Energiestandards. Die Kommunen  
447 und das Land müssen Vorreiter\*innen für Klimaschutz sein und auf allen eigenen  
448 Gebäuden Dach- oder Fassadenbegrünung integrieren. Baden-Württemberg kann, durch  
449 mutige Investitionen in Gebäudesanierung von eigenen Gebäuden, ein Antrieb für  
450 die weitere Entwicklung und gesamte Vergünstigung des klimaneutralen Bauens  
451 sein, der mittelfristig private Unternehmen und Eigentümer\*innen anreizt,  
452 klimaneutral zu bauen und sanieren. Auf den Dächern aller eigenen Liegenschaften  
453 sollen Photovoltaik(PV)-Module installiert werden. Um die Akzeptanz der  
454 Energiewende zu fördern sollte dies bei öffentlichen Einrichtungen wie Schulen,  
455 Kindertagesstätten und Altersheimen begonnen werden.

## 456 **7. Soziale Verantwortung: Gerechter Wandel jetzt!**

457 Baden-Württemberg ist eine der reichsten Regionen Europas und hat damit als  
458 Wirtschaftsstandort weltweit eine führende Rolle. Seit der Industrialisierung  
459 Badens hat die Region einen gewaltigen Berg an  
460 Treibhausgasemissionen produziert, aus welchem sich eine historische  
461 Verantwortung für die globale Klimakrise ergibt. Diese Verantwortung zu  
462 übernehmen bedeutet Unterstützung zu leisten, insbesondere für Länder des  
463 globalen Südens. Dies sollte sowohl durch finanzielle Transfers als auch durch  
464 die Weitergabe von Klimatechnologien erfolgen. Dabei sollten die  
465 Klimafolgenanpassung und Emissionsminderungen gleichermaßen berücksichtigt  
466 werden.

467 Sich unserer sozialen Verantwortung bewusst zu werden bedeutet auch  
468 international konsequent für Klimaschutz zu stehen. So ist ein Export an  
469 deutschem Know-How im Bereich des Kohlekraftwerksbau und der  
470 Verbrennungstechnologie, sowie die Finanzierung von fossilen Kraftwerken  
471 außerhalb, genau wie innerhalb, Deutschlands strikt abzulehnen. Die Devise  
472 lautet nicht: "Ein neues, moderneres Kohlekraftwerk ist besser als ein altes  
473 Kohlekraft" sondern "Kein Kohlekraftwerk ist besser als ein Kohlekraftwerk".

474 In Bündnissen wie der "Under2Coalition" wollen wir gemeinsam mit anderen Staaten  
475 vermehrt Städte und Regionen unterstützen, die mehr für Klimaschutz tun wollen,  
476 aber bei ihren nationalen Regierungen auf Gegenwind oder Desinteresse stoßen. Um  
477 den Kampf gegen die Klimakrise auch als Grundwert zu verstehen, wollen wir  
478 europaweit zukünftig nur noch Handelsabkommen und Handelsbeziehungen mit Staaten  
479 und Regierungen aushandeln, die das Klimaabkommen von Paris unterschrieben haben  
480 und aktiv an dessen Umsetzung arbeiten.

481 Global müssen Millionen von Menschen ihr Zuhause verlassen und fliehen u.a. vor  
482 Krieg, Verfolgung, Hunger und Armut. Schon heute sind viele der Fluchtursachen  
483 indirekte oder direkte Folgen der Klimakrise. Die UN schätzt, dass im Jahr 2050  
484 etwa 200 Millionen Menschen aufgrund der Klimakrise aus ihrer Heimat fliehen, da  
485 diese unbewohnbar wurde. Um diesen Menschen zu helfen soll es Bewohner\*innen  
486 solcher Regionen ermöglicht werden, durch eine legale und selbstbestimmte  
487 Migration eine neues Zuhause zu finden. Mit diesen sogenannten Klimapässen  
488 sollen die Menschen den Status von Staatsbürger\*innen mit all ihren Rechten  
489 erlangen. Dies soll zusätzlich und nicht alternativ zu bereits bestehenden  
490 Initiativen und Programmen für die bedrohten Regionen etabliert werden. So kann  
491 eine soziale und die Menschenwürde respektierende Klimapolitik gelingen.

492 Eine sozial-ökologische Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft  
493 bedeutet aber nicht nur weltweit andere Staaten und Regionen mitzunehmen. Auch  
494 innerhalb des Landes müssen alle Bürger\*innen beim Klimaschutz mitgenommen und  
495 in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation miteinbezogen  
496 werden. Dazu gehört ein Wandel der Werte unserer Gesellschaft weg von Konsum und  
497 materiellen Statussymbolen und hin zu Suffizienz, Solidarität und Gemeinschaft.  
498 Die Ausbildung dieser Werte muss vor allem im Bildungssystem angeregt werden und  
499 durch die Politik durch breite finanzielle und ideelle Unterstützung von  
500 Gemeinschafts- und Suffizienzprojekten wie Repair Cafés und Urban Gardening  
501 Projekten gefördert werden.

502 Die Frage der CO<sub>2</sub>-Bepreisung muss zwingenderweise mit einer Umverteilung, in  
503 Form eines Energiegeldes, gekoppelt werden. Nur wenn auch wirtschaftlich  
504 schwächere Haushalte von Klimaschutzmaßnahmen begeistert und die ökologische  
505 Frage mit der sozialen Fragen verbunden werden kann, gelingt uns der  
506 Transformationsprozess. Einkommensschwache Haushalte tragen aufgrund der  
507 geringeren Kaufkraft weniger zu den klimarelevanten Treibhausgasen bei, mit  
508 denen praktisch alle Güter und Dienstleistungen verbunden sind. Zwar würden sie  
509 deshalb zwar absolut auch weniger CO<sub>2</sub>-Abgaben zahlen als Besserverdiener,  
510 anteilig an ihrem Einkommen allerdings meist mehr. Mit einem Energiegeld würden  
511 alle Einwohner den gleichen Betrag zurück bekommen, nämlich das Mittel der  
512 Energieabgaben der Gesamtbevölkerung. Dadurch ergibt sich bei einem nachhaltigen  
513 und sparsamen Lebensstil ein Gewinn und bei einem verschwenderischen ein  
514 Verlust, was klare Anreize setzt.

515  
516 Die Furcht vor einer zusätzlichen "Steuer", die den Menschen Geld wegnimmt,  
517 muss aus dem Weg geschafft werden. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird wegen ihrer  
518 Lenkungswirkung eingeführt und nicht als zusätzliche Einnahmequelle für den  
519 Staat.

520  
521  
522  
523 Gerade ökonomisch schwächere Menschen profitieren von Klimaschutzmaßnahmen  
524 überproportional. So sind es vor allem Menschen mit geringerem Einkommen, die an  
525 viel befahrenen Straßen wohnen und die schmutzige Dieselabgase täglich einatmen  
526 und von Luftreinhaltung und Klimaschutz profitieren. Auch Rentner\*innen  
527 profitieren von richtigem Klimaschutz doppelt. Einerseits werden sie durch ein  
528 Energiegeld finanziell entlastet und andererseits sind sie von extremer Hitze  
529 durch die Klimakrise besonders bedroht. Der Wandel zu einer klimaneutralen  
530 Gesellschaft kann in Baden-Württemberg nur sozial und global gerecht umgesetzt  
531 gelingen.  
532

<sup>[1]</sup> <https://www.theguardian.com/environment/ng-interactive/2019/oct/25/suvs-second-biggest-cause-of-emissions-rise-figures-reveal>

## Begründung

Erfolgt mündlich.